

172 - 19.6.90 1990

Anfrage sorgte für Zündstoff

Nackenheimer Rat diskutierte Beteiligung an der Bodenheimer Gewerbesteuer

m. NACKENHEIM — In der jüngsten Sitzung des Gemeinderats führte die CDU-Anfrage zu den bisher geführten Gesprächen zwischen den Bürgermeistern innerhalb der Verbandsgemeinde und dem Bodenheimer Ortsoberrhaupt zu einer lebhaften Diskussion. Bekanntlich beanspruchten die übrigen vier VG-Orte eine Beteiligung am Bodenheimer Gewerbesteueraufkommen.

Manfred Grünerwald (CDU) warf dabei Günter Ollig vor, Verhandlungen ohne die Billigung des Rates geführt zu haben. Wie er der AZ entnommen habe, seien 28 Prozent aus dem Steuersäckel der Bodenheimer für Nackenheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim und Lörzweiler im Gespräch gewesen.

Ollig wies den Vorwurf zurück, weil alle Fraktionen über die Gespräche der Bürgermeister informiert gewesen seien. Die Forderungen bestünden zu Recht, weil nach dem Raumordnungsplan nur Boden-

heim als Gemeinde mit Gewerbegebiet ausgewiesen wurde. Millionen an Gewerbesteuer gingen jährlich in die Kasse der Nachbargemeinde. Nackenheim dagegen führe in dem gleichen Plan den Hinweis, „Wohn-gemeinde mit hohem Erholungswert“. Flächenausweisungen für Betriebe könnten nur für örtliche Unternehmen vorgenommen werden. Um der Erholungsaufgabe nachzukommen, werde viel Geld benötigt, welches Nackenheim nicht besitze. Es könne nicht angehen, daß es im Verband eine reiche und vier arme Gemeinden gebe.

VG-Chef Gerhard Krämer führte aus, vom Grundsatz her sei das Anliegen der vier Gemeinden berechtigt. Problematisch werde es allerdings, wenn diese Kommunen der neuen Bodenheimer Gewerbe-flächenausweisung nur zustimmen wollten, wenn Geld in ihre Kassen fließe. Mit der jüngsten ablehnenden Haltung des Nachbarrates, die Ge-

werbesteuer aufzuteilen, seien die Gespräche praktisch gescheitert, das Buch allerdings noch nicht zuge-schlagen.

Bardo Kraus (CDU) erinnerte an die Forderung seiner Fraktion, in Nackenheim ebenfalls Gewerbe-gebiet auszuweisen und wies erneut auf die planerischen Vorstellungen der Christdemokraten hin. Manfred Grünerwald warf ein, die Diskussion zeige, daß sich Gewerbeansiedlungen lohnten. Nachdem Richard Speckenheuer (SPD) darauf hinwies, daß es sich lediglich um eine mündliche Anfrage handele, die nicht auf der Tagesordnung stehe, wurde die Diskussion beendet.

Einmütigkeit herrschte zuvor, der evangelischen Kirchengemeinde zur Renovierung des Kirchturmes, des Jugendraumes sowie des großen Wabenfensters einen Zuschuß von 5000 Mark zu gewähren. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 60 000 Mark.